

Pressemitteilung vom 7. November 2008

Der Streit um des Kaisers Bart

Die kantonale Abstimmung über die Medikamentenabgabe vom 30. November und ihre Hintergründe

Ärzte und Apotheker liegen sich wieder einmal in den Haaren. Beide Seiten bemühen das „Wohl der Patienten“ für ihre Argumente, in Wahrheit findet ein Verteilungskampf statt, der mit immer härteren Bandagen geführt wird.

Was ist los?

Die Einführung des Tarmed hat vor allem für die ärztlichen Grundversorger (Allgemein-praktiker, Internisten, Pädiater, Psychiater) negative Folgen gehabt: die damit verbundene „Kostenneutralität“ führt dazu, dass bei vermehrten Kosten im ambulanten Bereich (steigende Fallzahlen, veränderte Morbidität der Bevölkerung) die ärztlichen Leistungen durch einen tieferen Taxpunktwert schlechter entlohnt werden.

Das war die Folge des Paradigmawechsels, dass im Sinne einer prospektiven Finanzierung medizinische Leistungen zusehends im voraus durch Globalbudgets (Tarmed, Budgetverantwortung in Ärztenetzen, Kopf – und Fallpauschalen) festgelegt und dadurch das wirtschaftliche Risiko von den Versicherern auf die Leistungserbringer übertragen wird. So kommt der öffentliche Sektor der gesundheitlichen Versorgung, zu der auch der ambulante KVG-Bereich gehört, unter immer grösseren Druck.

Auf der Suche nach zusätzlichen Verdienstmöglichkeiten beginnen nun Ärzte wie Apotheker „über den Zaun zu grasen“: Die Ärzte in der Stadt möchten die direkte Medikamentenabgabe (DMA), wie sie auf dem Land bereits praktiziert wird, die Apotheker fangen an, Blutanalysen und Impfungen anzubieten.

Der Streit um die DMA ist jedoch eine Kraftprobe am falschen Objekt. Die drohende Rationierung medizinischer Leistungen durch Zweiklassenmedizin, die markante Verschlechterung der ärztlichen Arbeitsbedingungen, der beunruhigende Machtzuwachs der Krankenkassen und der Pharmaindustrie - dies alles sollte ÄrztInnen, ApothekerInnen und nicht zuletzt auch die PatientInnen mehr beunruhigen als die Frage, wer Medikamente verkaufen darf. Dem gemeinsamen Anliegen einer guten medizinischen Versorgung der Bevölkerung (nicht nur derjenigen, die es sich selbst leisten können) würde ein gemeinsamer Kampf gegen den fortschreitenden Abbau besser anstehen als ein Kampf um die verbleibenden Ressourcen.